

JA

zu mehr Luzerner Strom



Helen Affentranger-Aregger
Kantonsrätin Die Mitte,
Buttisholz



Rahel Estermann
Kantonsrätin Grüne,
Luzern



Thomas Grüter
Kantonsrat Die Mitte /
Landwirt, St. Urban



Sara Muff
Kantonsrätin SP, Sursee



Robert Vogel
Alt Gemeindeammann,
Entlebuch



Josef Schuler
Kantonsrat SP / Vorstand Pro
Wind Luzern, Hitzkirch



Thomas Meier
Kantonsrat FDP /
Unternehmer, Schenkon



Pirmin Jung
Unternehmer / Vorstand Neue
Energie Luzern, Eschenbach



Martin Birrer
Kantonsrat FDP /
Landwirt, Emmen



Peter Galliker
Unternehmer, Altishofen



Sibylle Boos-Braun
Kantonsrätin FDP /
Gemeindepräsidentin, Malters



Adrian Derungs
Direktor Industrie- und Handels-
kammer Zentralschweiz IHZ, Kriens



Simon Howald
Kantonsrat GLP / Vorstand
Pro Natura Luzern, Luzern



Priska Lorenz
Co-Präsidentin Neue Energie
Luzern / Unternehmerin, Luzern



Raoul Niederberger
Co-Präsident Grüne
Luzern, Kriens



Hella Schnider
Kantonsrätin Die Mitte /
Gemeindepräsidentin, Flühi

MIT TEMPO MEHR LUZERNER STROM



JA

ZUM PLANUNGS- GESETZ

AM 24. NOVEMBER 2024

Überparteiliches Komitee «Ja zum Planungs- und Baugesetz»

c/o Neue Energie Luzern, Luzernerstrasse 131, 6014 Luzern,
www.luzerner-strom.ch, IBAN: CH78 8080 8008 6530 1697 8

luzerner-strom.ch

Mit Tempo mehr Luzerner Strom

Am 24. November 2024 stimmt die Luzerner Stimmbevölkerung über die Beschleunigung beim Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbarer Energie ab. Um das zu erreichen, wird das kantonale Planungs- und Baugesetz überarbeitet. **Neu sollen grosse Energieanlagen schneller bewilligt werden.** Heute sind sowohl Kanton als auch Gemeinden bei der Bewilligung beteiligt. Das macht die Verfahren kompliziert und langsam. Neu erteilt der Regierungsrat die Bewilligung für die Nutzungsplanung und das Projekt. Damit werden die Gemeinden entlastet. Diese können weiterhin mitwirken. Auch die Einsprache- und Beschwerdemöglichkeiten bleiben bestehen. Das Gesetz gilt für grosse Windkraftanlagen, Reservekraftwerke für den Fall einer Strommangellage sowie Energiespeicher von übergeordnetem Interesse. Zusätzlich enthält die Vorlage weitere wichtige Änderungen:

- **Bessere Infrastruktur für die Elektromobilität:**

Bei neuen Einstellhallen oder bewilligungspflichtigen Erweiterungen soll künftig die Grundinfrastruktur für das Laden von Elektrofahrzeugen installiert werden. Das erleichtert den Umstieg auf klimafreundliche Autos – gerade auch für Mieterinnen und Mieter.

- **Klimaangepasstes Bauen in den Gemeinden:**

Den Klimawandel spüren wir alle im Alltag. Neu erhalten Gemeinden die Möglichkeit, massgeschneiderte Vorgaben zum klimaangepassten Bauen vor Ort zu schaffen – beispielsweise um die lokale Hitzebelastung zu vermindern.



Maurus Frey

Stadtrat Kriens, Vorstand
Verband Luzerner Gemeinden

«Mit dem neuen Gesetz werden Gemeinden entlastet und können sich voll darauf konzentrieren, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.»

Breit abgestützte Vorlage

Das neue Gesetz ist breit abgestützt. Die Mitte, FDP, GLP, SP und Grüne unterstützen die Vorlage und verabschiedeten sie im Kantonsrat mit 78 zu 27 Stimmen. Auch der Verband Luzerner Gemeinden sowie Wirtschafts- und Umweltverbände unterstützen das neue Verfahren.

Gute Gründe für ein JA

Das neue Planungs- und Baugesetz ist ein weiterer Baustein, um die erfolgreiche Energie- und Klimapolitik des Kantons Luzern fortzuführen. In den vergangenen Jahren hat das Luzerner Stimmvolk die fortschrittliche Klimapolitik und den Ausbau der erneuerbaren Energien immer wieder deutlich unterstützt. Am 24. November 2024 stellen wir die nächste Weiche.



Für eine sichere, bezahlbare und saubere Stromversorgung

Der Kanton Luzern gehört bereits zu den Spitzenreitern beim Solarausbau. Für eine sichere Stromversorgung braucht es aber einen breiten Mix. Windkraft ergänzt Solarstrom perfekt – sie liefert Energie im Winter und in der Nacht. Zusammen mit der Wasserkraft bilden Sonne und Wind das ideale Trio für eine sichere, bezahlbare und saubere Stromversorgung. Davon profitieren alle: Der schnellere Ausbau der erneuerbaren Energien schafft Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort, statt dass Geld für Öl und Gas ins Ausland geschickt werden muss.



Verfahren beschleunigen, Rechtssicherheit erhöhen

Heute dauert es oft Jahrzehnte, bis ein neues Windkraftwerk in Betrieb geht. Das können wir uns nicht mehr leisten. Künftig soll der Kanton die komplexen Verfahren für grosse Energieprojekte koordinieren. Gemeinden werden entlastet, das Verfahren beschleunigt und die Rechtssicherheit erhöht. Alle Beschwerderechte bleiben erhalten. Das neue Verfahren ist nichts Neues. Es wird bereits bei kantonalen Projekten im Strassenbau, beim Hochwasserschutz oder bei der Wasserkraft angewendet.



Mitsprache bleibt gewährleistet

Das beschleunigte Verfahren hat keine Auswirkungen auf den Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner oder die Natur. Sämtliche Untersuchungen müssen wie bisher durchgeführt und Schutzmassnahmen umgesetzt werden. Die Mitsprache der Gemeinden und der Bevölkerung bleiben gewährleistet. Sie können sich auch künftig zu Projekten äussern und Anträge stellen. Neu müssen den Gemeinden und der Bevölkerung auch Möglichkeiten zur Beteiligung an den Anlagen geboten werden.